

Geschäftsbericht der Universität Bern

Autor(en): **Schäublin, Christoph**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(2004)**

Heft [1]: **Verwaltungsbericht : Berichtsteil**

PDF erstellt am: **16.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418527>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

1. Geschäftsbericht der Universität Bern

2004*

Rektor: Prof. Dr. Christoph Schäublin

1.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Die Fakultäten, Institute und Kliniken vermochten ihren Grundauftrag im vergangenen Akademischen Jahr erfolgreich zu erfüllen. Ihre Forschungsleistungen haben ihnen national wie international Anerkennung eingetragen. Trotz teilweise grossen Belastungen infolge erneut starken Zuwachses an Studierenden ist es gelungen, die Qualität der Ausbildung auf hohem Niveau zu halten; davon zeugen insbesondere die Resultate der Lehrevaluationen. Das Weiterbildungsangebot erfreute sich einer beträchtlichen Nachfrage und wurde durchweg gut bewertet. Auch bezüglich der Dienstleistungen brachte die Kundschaft ihre Zufriedenheit zum Ausdruck.

In Verzug geraten ist die Teilrevision des Universitätsgesetzes. Ihr Ziel bestünde darin, eine Reihe von Mängeln zu beseitigen sowie eine moderate Reorganisation des Zentralbereichs der Universität zu ermöglichen. Dem Abschluss der Leistungsvereinbarung zwischen Kanton und Universität steht, da die zu erbringenden Leistungen und der Finanzplan nun weitgehend miteinander übereinstimmen, seitens der Universität nichts mehr im Wege. Tatsächlich zur Unterschriftsreife gediehen ist die Leistungsvereinbarung zwischen der Universität und dem Inselspital. Das Verhandlungsergebnis hat Modellcharakter und zeugt vom guten Willen der beiden Institutionen, vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Schliesslich hat sich erwiesen, dass der vom Regierungsrat erteilte Auftrag zur Entwicklung und Umsetzung eines Bibliothekskonzepts für den gesamten Hochschulbereich nur erfüllt werden kann auf der Basis von zwei neuen Leistungsvereinbarungen: einer zwischen Kanton und Stadt- und Universitätsbibliothek (StUB) sowie einer zwischen Universität und StUB. Die Vorbereitungsarbeiten sind eingeleitet.

Im Frühjahr 2004 hat die Universitätsleitung dem Senat eine Mehrjahresplanung unterbreitet. Die Richtwerte für die Fakultäten und für sonstige Einheiten und Bereiche genügen der Auflage, dass die vom Bund in den nächsten vier Jahren zu erwartenden Zusatzmittel zu grossen Teilen der Verbesserung der Studienbedingungen in den Geistes- und Sozialwissenschaften dienen sollen. Im Hinblick darauf hat die Universitätsleitung mehrere Fachbereiche evaluieren lassen (Rechtswissenschaft, Betriebswirtschaftslehre, Sozialwissenschaften, Psychologie). Die im Rahmen dieser Evaluationen geleistete Arbeit hat überaus nützliche Resultate erbracht. An die Geistes- und Sozialwissenschaften richtet sich auch die vom Schweizerischen Nationalfonds durchgeführte zweite Ausschreibung für Nationale Forschungsschwerpunkte (NFS/NCCR); erneut einen Zuschlag zu erhalten, ist das erklärte Ziel der Universität Bern. Auf Grund der Vorausscheidung darf sie sich gute Hoffnungen machen. Die beiden bereits bestehenden NFS/NCCR, für welche die Universität Bern die Rolle eines «leading house» wahrnimmt («Climate», «North – South»), sollen nach gut bestandener Zwischenevaluation weitergeführt werden.

Die Mehrjahresplanung führte zur Erkenntnis, dass die Philosophisch-historische Fakultät ihren inneren Zusammenhalt teilweise verloren hat und sich kaum mehr als Einheit führen lässt: zu weit haben sich die empirisch arbeitenden Disziplinen Psychologie und Pädagogik von den «klassischen» Geisteswissenschaften entfernt, als zu belastend wirken sich die quantitativen Unterschiede zwischen den einzelnen Instituten aus. Der Senat beantragt daher den Oberen Behörden die Errichtung einer neuen Fakultät; sie soll, neben dem Psychologischen Institut und demjenigen für Pädagogik und Schulpädagogik, auch das Institut für Sportwissenschaft umfassen und den Namen «Philosophisch-humanwissenschaftliche Fakultät» tragen. Zwei Arbeitsgruppen, je von einem Vizerektor geleitet, be-

reiten alles Erforderliche vor mit dem Ziel, die neue Fakultät am 1. September 2005 ans Licht treten zu lassen.

Auch mit der Veterinärmedizinischen Fakultät wird sich der Grosse Rat demnächst befassen müssen. Die Vetsuisse-Fakultät gründet bisher auf einem Vertrag zwischen den Universitäten Bern und Zürich; für eine Vertiefung und Weiterentwicklung der Kooperation bedarf es jetzt eines Konkordats zwischen den beiden Trägerkantonen. Angelaufen sind ferner die zwischen den Kantonen Bern und Basel-Stadt (überdies den beiden betroffenen Universitäten und Universitätsspitalern) vereinbarten Arbeiten bezüglich eines Zusammengehens im Bereich der Medizin. Das der Überprüfung und Neustrukturierung der «Vorklinik» dienende Sonderprojekt konnte den vorgegebenen Zeitplan nicht einhalten.

Wohl die grösste Herausforderung für die Universität bedeutet die Umsetzung der sog. Bologna-Deklaration. Die Schweizer Universitäten, so auch die Universität Bern, haben beschlossen, ihr Studienangebot tief greifend zu reformieren und neue, teilweise auch neuartige Studiengänge zu konzipieren. In der Rechtswissenschaft und den Wirtschaftswissenschaften ist die Umstellung bereits erfolgt; die Theologische und die Philosophischen Fakultäten sowie die Sozialwissenschaften sollen im Herbst 2005 nachziehen. Selbst in den zwei Medizinischen Fakultäten fasst man die Einführung des Bologna-Modells ins Auge. Zu diskutieren gibt nicht zuletzt die Frage, wie viele Bachelor- und Masterprogramme sich die Universität Bern leisten können, wenn sie den strengen Qualitätsanforderungen genügen will. Von der Beschaffenheit der Programme werden dereinst die Attraktivität und das «Profil» der Universität abhängen. Nicht zu unterschätzen ist die Problematik der Verwaltung der neuen Studiengänge. Hierzu musste die Universitätsleitung Eckwerte definieren und eigene Richtlinien erlassen.

1.2 Berichte der Fakultäten und weiterer Organisationseinheiten

1.2.1 Christkatholische und Evangelische Theologische Fakultät

Aktuelle Situation: Mit der geänderten Fakultätsstruktur haben die beiden Departemente ihre hohe Autonomie bewahren können, gleichzeitig ist die Kooperation in vielen Bereichen enger und besser geworden. Die Geschäftsordnung der Fakultät wurde revidiert sowie ein neues Habilitationsreglement und ein Organisationsreglement für die Koordinationsstelle für praktikumsbezogene theologische Ausbildung erlassen. Im Departement für Evangelische Theologie wurde der Lehrauftrag für ökumenische Theologie um weitere drei Jahre verlängert.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Bologna-Deklaration waren die Strukturen, die Prüfungsgestaltung, die Qualitätssicherung und die Schaffung eines neuen Studiengangs zentrale Themen. Die Fakultät beteiligt sich an einem Bologna-Koordinationsausschuss Basel-Bern-Zürich. In einem ihrer beiden Nachdiplomstudiengänge verlieh die Fakultät erstmals das Masterdiplom Ausbildungspfarrr.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Arbeitsbedingungen und Betreuung sind sehr gut. Zahlreiche Studierende kommen aus Osteuropa.

*Gemäss Artikel 106 Absatz 2 der Universitätsverordnung bezieht sich der Geschäftsbericht hinsichtlich der Finanz- und Leistungskennzahlen auf das Kalenderjahr (2004), hinsichtlich der akademischen Belange auf das Akademische Jahr (1. September 2003 bis 31. August 2004).

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die mit der Philosophisch-historischen Fakultät geplante interfakultäre Forschungsstelle für Judaistik wird aus zwei Assistentenstellen bestehen und im Wesentlichen mit Drittmitteln alimentiert. Mit der University of Durham wurde ein ERASMUS-Vertrag abgeschlossen. Die Fakultät organisierte einen Dozenten austausch mit der Universität Sofia, einen Studierendenaustausch mit Brasilien und eine Studienwoche mit 40 Dozierenden und Studierenden der Orthodoxen und der Evangelischen Fakultäten von Sibiu (Rumänien).

Nachwuchsförderung: Eine Promovendin und ein Promovend haben die Doktorwürde erlangt. Die Habilitationsverfahren einer Frau und zweier Männer wurden abgeschlossen. Eine Doktorandin erhielt das Stipendium der Ref. Kirche Bern-Jura-Solothurn für die wissenschaftliche Nachwuchsförderung.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Der Anteil der Studentinnen beträgt 50,8%. Von 16 Assistentenstellen sind 10 mit Frauen besetzt.

Qualitätssicherung: Es wurde ein Ausführungskonzept betreffend Evaluationen von Lehrveranstaltungen verabschiedet. Die fakultäre Evaluationskommission wacht über die Einhaltung der Bestimmungen.

Strategische Fakultätsplanung: Durch die Einrichtung einer Dozentenstelle und den Wegfall einer Oberassistenten soll ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen Rotations- und Dauerstellen hergestellt werden.

1.2.2 Rechtswissenschaftliche Fakultät

Aktuelle Situation: Die neue Fakultätsstruktur hat sich bewährt. Wichtige Geschäfte bereitet der Dekan mit dem Gremium der Departementsvorsteher vor. In Privatrecht und Rechtsgeschichte sowie Privat- und Wirtschaftsrecht haben die neuen Lehrstuhlinhaber ihr Amt angetreten. Ernennungsverfahren für die Nachfolgen auf drei Lehrstühle sind eröffnet worden, ausserdem läuft das Bewerbungsverfahren für den neu zu errichtenden zweiten Lehrstuhl im Bereich Wirtschaftsrecht.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Nachdem die Fakultät mit einem neuen Studienreglement die Bologna-Deklaration umgesetzt hat, sind im Frühjahr die ersten Masterabschlüsse ausgestellt worden. Die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse im Bachelorstudium und die Sicherstellung eines attraktiven Lehrangebots im Masterstudium bilden die Schwerpunkte in der Qualitätssicherung der Lehre.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Zahl der Erstsemester im Hauptfach lag leicht über derjenigen des Vorjahres. Vor allem im Bachelorstudium ist das Betreuungsverhältnis ungünstig. In Aussicht gestellte zusätzliche Bundesmittel werden hier eine Verbesserung bringen.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die interfakultäre Zusammenarbeit wird unter anderem über gemeinsame Einheiten mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen (Kompetenzzentrum für Public Management) sowie der Philosophisch-historischen Fakultät (School of Criminology, International Criminal Law and Psychology of Law) gepflegt. Auf nationaler Ebene soll analog den Fachkonventionen im Rahmen von BENEFRI enger mit Luzern zusammengearbeitet werden. In Verhandlung sind internationale Kooperationsvereinbarungen zur Förderung der Mobilität.

Nachwuchsförderung: Da zur Verbesserung der Betreuungsverhältnisse das Lehrangebot auf Bachelorstufe erhöht werden soll und mehr Korrekturarbeiten anfallen werden, wird der Mittelbau stärker in der Lehre eingebunden. Andererseits hat die Forschung hohe Priorität. Ein Habilitationsprojekt wurde abgeschlossen, diverse andere stehen kurz vor dem Abschluss.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Der Anteil der Doktorandinnen und Habilitandinnen ist immer noch sehr gering. Durch die Rekrutierung von Assistentinnen will die Fakultät diesem Umstand entgegenwirken. Bei Lehrstuhlbesetzungen wer-

den Juristinnen ausdrücklich dazu ermuntert, sich zu bewerben.

Qualitätssicherung: Die Fakultät hat Richtlinien zur regelmässigen Evaluation von Lehrveranstaltungen erlassen. Eine Kommission wird die Ergebnisse jährlich dem Dekan vorlegen.

Strategische Fakultätsplanung: Die zugesicherten zusätzlichen Personalpunkte sollen der Erweiterung insbesondere des oberen Mittelbaus und der stärkeren Einbindung der langjährigen Lehrbeauftragten zur Sicherung der hohen Qualität des Lehrangebots im Masterstudium dienen.

1.2.3 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Aktuelle Situation: Die Departemente Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Sozialwissenschaften zählen 21 Lehrstühle. Es erfolgte eine Neuberufung in der Betriebswirtschaftslehre. Zwei Ernennungsverfahren sind im Gang. Insgesamt gibt es an der Fakultät sieben Assistenzprofessuren. Zwei Mal wurde eine Honorarprofessur verliehen.

Schwerpunkte der Tätigkeit: In der Volkswirtschaftslehre ist das Reglement für den Bachelor- und Masterabschluss in Kraft getreten. Über die zahlreichen, oft vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützten Forschungsprojekte unterrichten die Webseiten der Institute.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Zahl der Hauptfachstudierenden hat um rund 3,2 Prozent zugenommen. Nicht in allen Fächern lässt sich die weiterhin hohe Belastung durch zeitlich befristetes Zusatzpersonal auffangen, da der entsprechende Markt fehlt.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Zur Rechtswissenschaftlichen Fakultät bestehen vor allem in der Lehre enge Kooperationsbeziehungen. Vom Nebenfach Medienwissenschaft profitieren insbesondere Studierende der Philosophisch-historischen Fakultät. Mobilitätsabkommen mit den Schweizer Universitäten und ERASMUS-Abkommen auf internationaler Ebene fördern den Studierendenaustausch.

Nachwuchsförderung: Nebst der Beendigung zweier Habilitationsverfahren wurden zwei neue Verfahren eröffnet. Eine Assistenzprofessur konnte umbesetzt werden.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Mit einer ordentlichen Professorin und einer Assistenzprofessorin bleibt die Situation unverändert.

Qualitätssicherung: Das Verfahren für die systematische Evaluation der Lehrveranstaltungen wurde festgelegt und von der Fakultät beschlossen. Nach den externen Evaluationen der Betriebswirtschaftslehre und der Medienwissenschaft erfolgten diejenigen in den Fächern Politikwissenschaft und Soziologie.

Strategische Fakultätsplanung: Im Zentrum stehen die Umsetzung der Bologna-Deklaration in den Sozialwissenschaften sowie die Besetzung der dem Fach Betriebswirtschaftslehre neu zugesprochenen Lehrstühle. Strukturelle Entscheide in den Fächern Medienwissenschaft, Politikwissenschaft und Soziologie stehen noch aus. Sie werden die Entwicklung der neuen Studiengänge beeinflussen und zur Sicherung der Qualität der Lehre beitragen.

Besondere Massnahmen: Die Umstellung der Prüfungsverwaltung auf eine neue Software erweist sich als aufwändiger als geplant.

1.2.4 Medizinische Fakultät

Aktuelle Situation: Es sind keine bedeutenden Strukturveränderungen vorgenommen worden.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Die Reformierung des Curriculums steht vor ihrem baldigen Abschluss. Das Reformcurriculum für das dritte Studienjahr ist eingeführt und der Einführungskurs in den Blockunterricht des vierten Studienjahrs reformiert. Forschungsnetzwerke in den Neurowissenschaften, in der kardiovaskulären

Forschung, im Bereich Knochen, Skelett, Zähne sowie im Bereich Entzündungskrankheiten erlauben, Ressourcen effizienter zu nutzen und bringen Vorteile in der Forschung.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: In der Vorklinik konnten die doppelten Maturitätsjahrgänge dank organisatorischer Massnahmen und staatlicher Zusatzfinanzierung gut bewältigt werden.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Von der Medizinischen, der Veterinärmedizinischen und der Philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät ist die Graduate School for Biomedical and Cellular Sciences geschaffen worden.

Nachwuchsförderung: Die Leistungsaufträge sehen die verstärkte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses vor. Diese können allerdings erst umgesetzt werden, wenn die Leistungsvereinbarung zwischen Universität und Inselspital unterzeichnet ist und Gültigkeit erlangt hat.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Eine fakultäre Gleichstellungskommission hat unter der Leitung von Frau Prof. Dr. V. Niggli ihre Arbeit aufgenommen.

Qualitätssicherung: Die Evaluationsrichtlinien für die Lehre und ein Evaluationsmodell für die Forschung sind verabschiedet worden. Vor allem beim Letzteren wurde auf die Durchführbarkeit geachtet.

Strategische Fakultätsplanung: Die Fakultät hat ihre Strategie für die nächsten vier Jahre beschlossen. Nach den Reformjahren ist eine Phase der Stabilität vorgesehen. Die Forschung soll auf der Basis der verabschiedeten Strategie ein eigenständiges Profil entwickeln können. Da die Leistungsvereinbarung zwischen Universität und Inselspital noch nicht unterzeichnet worden ist, fehlt vorderhand die nötige Kostentransparenz, und die Steuerungsmöglichkeiten der Fakultät für Lehre und Forschung bleiben gering.

1.2.5 Vetsuisse-Fakultät

Aktuelle Situation: Die Umsetzung von Vetsuisse kommt gut voran. Grundlage dafür bildet die Folgefinanzierung von 7,9 Mio. Franken. Die Umstrukturierung des Departements Präklinik wurde weitergeführt. Die veterinärmedizinische Genetik und Tierzucht wird als Schwerpunkt in Bern bleiben. Das Wiederbesetzungsverfahren für eine Professur in diesem Bereich läuft. Stärker auf die Physiologie ausgerichtet wird die Nachfolgeprofessur für Tierernährung. Das Ernennungsverfahren für die Professur in Buiatrik ist abgeschlossen. Frei werdende Stellenpunkte dienen der Verbesserung der Strukturen in der Klinik und der Stärkung der klinischen Forschung. Durch intensive Kooperation und Angleichung der Lehre werden mögliche Engpässe, die durch Redimensionierungen entstehen könnten, vermieden. Das Projekt wird durch das Vetsuisse-Advisory Board begleitet.

Schwerpunkte der Tätigkeit: In der Planung des Vetsuisse-Curriculums werden grosse Fortschritte erzielt. Die neu eintretenden Studierenden werden in Bern und Zürich nach dem gleichen integrierten Curriculum unterrichtet. Während die letzten Vorbereitungen für das zweite und dritte Studienjahr laufen, werden auch die Details des vierten und fünften Studienjahrs festgelegt. Für Kooperationsprojekte zwischen einer klinischen Einheit und einem nicht klinischen Partner hat die Vetsuisse-Forschungskommission erstmals Mittel für Forschung im klinischen Bereich vergeben.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Nach wie vor sind die Studienverhältnisse nur dank dem Numerus Clausus tragbar. Die hohen Studierendenzahlen machen die Parallelführung gewisser Praktika unabdingbar. Die für den doppelten Maturitätsjahrgang zusätzlich bereit gestellten Mittel können den erhöhten Aufwand nur unvollständig abdecken.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Wegen der Grösse und Bedeutung von Vetsuisse ist die Zusammenarbeit mit der Schwesterfakultät in Zürich gegenwärtig prioritär.

Nachwuchsförderung: Die Fakultät ist hier sehr aktiv. Wegen Personalknappheit bei Mittelbaustellen mit Förderung zur Dozentur sind ihr allerdings die Hände gebunden. Zielvorgaben bei der Nach-

wuchsförderung für Dozenturen sind in die Vorgaben 2003 bis 2008/2009 zur Frauenförderung eingeflossen.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Der hohe Frauenanteil unter den Studierenden resultiert auch in Anteilen von über bzw. um 50% bei den Ausbildungen zu Fachtierärzten oder klinischen Spezialisten, zum PhD und bei den Habilitationen. *Qualitätssicherung:* Die paraklinischen Institute sind gemäss ISO-Normen zertifiziert. Ein Zusammenschluss aller Diagnostik-Laboratorien im paraklinischen Bereich ist geplant, um die Komplexität und die hohen Kosten einzelner Zertifizierungsverfahren zu reduzieren. In der Lehre soll das neue Curriculum spätestens nach 2007 evaluiert werden.

Strategische Fakultätsplanung: Im Zentrum der Planung steht die nachhaltige Verbesserung der klinischen Forschung durch Stellenverschiebungen aus der Prä- und Paraklinik in das Departement für klinische Veterinärmedizin und durch die projektbezogene Förderung mit Mitteln aus dem Forschungspool des Dekanats. Wichtig ist auch die standortübergreifende komplementäre Ausscheidung von Schwerpunkten, die erlaubt, an jedem Standort die verfügbaren Ressourcen zu bündeln und optimal einzusetzen.

1.2.6 Philosophisch-historische Fakultät

Aktuelle Situation: Die Vorbereitungen zur Einführung zweistufiger Studiengänge auf den 1. September 2005 laufen. Wichtige Beschlüsse betrafen die Verabschiedung der Mehrjahresplanung, die Entflechtung von Forschung und Lehre, die Erarbeitung eines qualitativen Rahmens für die neuen Studienprogramme, die Evaluation des künftigen Lehrangebots und die neuen Leistungsaufträge. Die Fakultät hat einen Antrag der Institute für Psychologie und für Pädagogik und Schulpädagogik auf Gründung einer neuen Fakultät angenommen und weitergeleitet. Je ein ordentlicher Professor wurde für Bildungssoziologie und Schulforschung, für Ethnologie und für Klassische Philologie (Gräzistik), ein ausserordentlicher Professor für Spanische Sprachwissenschaft sowie eine ausserordentliche Professorin für Islamwissenschaft ernannt.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Die Profile der Studienprogramme wurden ausgearbeitet und intern evaluiert. Diese Arbeiten wurden fakultär und gesamtschweizerisch, insbesondere aber im BENE-FRI-Verbund, koordiniert. Die Fakultät hat die Einrichtung einer von ihr und der Christkatholischen und Evangelischen Theologischen Fakultät getragenen «Forschungsstelle Judaistik an der Universität Bern» gutgeheissen. Die Beteiligung an wissenschaftlichen Anlässen im In- und Ausland war hoch. Zu den lokal organisierten internationalen Tagungen zählen u.a. der Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Psychologie, die Ptolemaios-Tagung und die Tagung «Republiken im Europa der Frühen Neuzeit – Schweiz und Niederlande im Vergleich».

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger hat um 11 Prozent zugenommen. Die Betreuungsverhältnisse liegen in der Hälfte der Institute zum Teil erheblich über den planungsrelevanten Richtwerten. Durch Zusatzmittel können die Folgen dieser Situation vorübergehend gemildert werden. Positiv wirkte sich die Studienreform von 1999 auf die Verkürzung der Studiendauer aus.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die interfakultäre Lehre, besonders in Wissenschaftsgeschichte, Religionswissenschaft, Germanistik, Ethnologie und in den archäologischen Disziplinen, wurde überprüft. Interfakultäre Forschungen wurden weiter ausgebaut. Mehrere Institute bewarben sich um Nationale Forschungsschwerpunkte. Die Kooperation im Rahmen der europäischen Forschungsförderung wurde intensiviert.

Nachwuchsförderung: Die Fakultät habilitierte zwei Kollegen in den Lehrgebieten Psychologie und Philosophie. Ein Privatdozent wurde zum Professor an der Fachhochschule Aargau ernannt.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Der Anteil der Professorinnen im Fakultätskollegium beträgt 22 Prozent. Im

Rahmen der Zielvorgaben für die Frauenförderung der nächsten fünf Jahre wird eine Erhöhung auf 30 Prozent angestrebt. Bei den wissenschaftlichen Nachwuchskräften ist geplant, auf allen Stufen einen Frauenanteil von 50 Prozent zu erreichen.

Qualitätssicherung: An allen Instituten wurden Lehrevaluationen durchgeführt. Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung der Institute für Geschichte, Germanistik, Kunstgeschichte und Klassische Archäologie wurden im Rahmen von Strukturberichten überprüft. Gleiche Verfahren laufen an den Instituten für Philosophie, Ethnologie, Sprachwissenschaft und Theaterwissenschaft.

Strategische Fakultätsplanung: Ziele sind die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse, die Erhöhung des Lehrangebots und die strukturelle Konsolidierung in verschiedenen Instituten.

1.2.7 Philosophisch-naturwissenschaftliche Fakultät

Aktuelle Situation: Zwei Ordinarien wurden neu berufen, ein Berufungsverfahren steht vor dem Abschluss. Die neue EAWAG-Professur für Aquatische Ökologie und Fischwissenschaften konnte besetzt werden. Es wurden fünf Titularprofessuren und eine Honorarprofessur verliehen. Vier Kollegen erhielten eine Förderungsprofessur des Schweizerischen Nationalfonds. Eine Nachwuchswissenschaftlerin und sechs Nachwuchswissenschaftler haben sich habilitiert.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Alle Fachbereiche beschäftigten sich intensiv damit, ihre Studiengänge grundlegend zu reformieren, die neuen Studiengänge zu konzipieren und das dreistufige Studienmodell Bachelor – Master – PhD zu implementieren. Die Biochemie, Chemie, Informatik und Erdwissenschaften stellen am 1. September 2004 auf das neue System um, die anderen Fächer folgen in einem Jahr. Nahezu alle Institute verfügen über ausgezeichnete wissenschaftliche Kontakte zu Forschungseinrichtungen im In- und Ausland. Innerhalb von BENEFRI wird eine Vertiefung der Zusammenarbeit, gerade in Hinblick auf Bachelor- und Masterstudiengänge, geprüft; zum Teil ist sie bereits umgesetzt.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Studierendenzahlen haben sich in fast allen Fächern auf erfreulichem Niveau stabilisiert. In der Geografie wurden Massnahmen zur Verbesserung der Betreuungsverhältnisse ergriffen. Eine Strukturkommission wird zusammen mit externen Experten hierzu weitere Vorschläge erarbeiten.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Als neue Entwicklung zeichnet sich der Aufbau fakultäts- und universitätsübergreifender Graduate Schools ab. Gemeinsam mit der Medizinischen und der Vetsuisse-Fakultät wurde die Graduate School for Cellular and Biomedical Sciences gegründet.

Nachwuchsförderung: Die Fakultät bemüht sich darum, dem Nachwuchs gute Lehr- und Forschungsbedingungen zu bieten.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Die Schnuppertage für Mittelschülerinnen wurden erneut durchgeführt. «Mentoring Informatik» wendet sich primär an Studentinnen der Informatik der ersten Semester, «Mentoring Geografie» versucht, Diplomandinnen der Institute in Bern und Freiburg bei ihrer Laufbahnplanung zu begleiten.

Qualitätssicherung: Auf der Grundlage des fakultären Ausführungskonzepts werden die Lehrveranstaltungen evaluiert und Massnahmen getroffen.

Strategische Fakultätsplanung: 2007 sollen der Lehrstuhl für Röntgenkristallografie und das Laboratorium für chemische und mineralogische Kristallographie in ihrer jetzigen Form aufgehoben werden. Mit den frei werdenden Mitteln sollen am Departement für Chemie und Biochemie eine Gruppe für Chemische Kristallografie eingerichtet, am Institut für Geologie eine Gruppe für Mineralogie-Kristallografie geschaffen und die Betreuungsverhältnisse der Studierenden in Geografie verbessert werden. In den Pflanzenwissenschaften ist im Zusammenhang mit bevorstehenden Rücktritten

eine ordentliche Professur für Pflanzenökologie vorgesehen. Die Paläoökologie soll mindestens auf Ebene Assistenzprofessur weitergeführt werden.

1.2.8 Konferenz der gesamthochschulischen Einheiten

Aktuelle Situation: In der Konferenz sind die Interfakultäre Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie (IKAÖ), die Koordinationsstelle für Weiterbildung (KWB) und das Institut für Sport und Sportwissenschaft (ISSW) und die ihnen zugeordneten gesamthochschulischen Kommissionen zusammengeschlossen. Das ISSW soll Teil der zu gründenden Philosophisch-humanwissenschaftlichen Fakultät werden. Hier sind die letzten Studierenden gemäss altem Modell diplomiert worden. Der Wechsel zum Lizentiatsstudium ist somit vollzogen. Die KGE hat eine Honorarprofessur verliehen.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Die KGE hat eine Tagung zu den interdisziplinären und interfakultären Gestaltungsspielräumen in der Erstausbildung und der Weiterbildung im Rahmen des Bologna-Prozesses durchgeführt. An der IKAÖ werden vier Forschungsfelder zum Thema «Umweltverantwortliches Handeln für eine nachhaltige Entwicklung» bearbeitet. Die IKAÖ engagiert sich lokal und national im Forschungsmanagement inter- und transdisziplinärer Projektverbünde und nimmt Beratungsaufträge wahr. Der Berner Umweltforschungstag stiess beim Publikum auf grosses Echo. Die KWB hat ein internationales Symposium veranstaltet sowie Evaluationen für Dritte durchgeführt. Das Weiterbildungsreglement ist revidiert und sieben Studienreglemente sind behandelt worden. Im ISSW liefen parallel zur Planung des Lizentiatsstudiums die Vorbereitungen für die Einführung des Bachelorstudiums. Das erste NDS «TanzKultur» wurde erfolgreich abgeschlossen.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Bei steigenden Teilnehmerzahlen ging das Angebot in der KWB leicht zurück und verschob sich zu Gunsten längerer Studiengänge. Mit der Verdoppelung der Sportstudierenden kam das ISSW personell, finanziell und räumlich an seine Grenzen.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Das Lehrangebot der KWB ist grösstenteils interfakultär, daneben gibt es Projekte und Studiengänge im BENEFRI-Verbund, mit der Universität Lausanne und der EPFL. Ergänzend zur interfakultären Zusammenarbeit pflegt das ISSW in Lehre und Forschung nationale und internationale Beziehungen.

Nachwuchsförderung: Die IKAÖ bemüht sich um die Weiterfinanzierung einer Oberassistentin aus der Nachwuchsförderung des Bundes. Für die weitere Entwicklung der Sportwissenschaft wird die Nachwuchsförderung zu einem zentralen Anliegen.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Das ISSW bemüht sich verstärkt um die Erhöhung des Dozentinnenanteils.

Qualitätssicherung: An den drei Einheiten werden die Veranstaltungen systematisch evaluiert.

Strategische Planung: In einer internen Klausur hat die KGE ihre künftige Entwicklung diskutiert. Die KGE und ihre Einheiten stellen eine leistungsfähige Schnittstelle zur Gesellschaft dar und verfügen über Entwicklungspotential. An der IKAÖ sind konzeptionelle Arbeiten zur Schaffung eines interdisziplinären Masters im Gang.

1.2.9 Konferenz der Lehrerbildungsinstitutionen

Aktuelle Situation: Die Konferenz wurde auf den 31. August 2004 aufgelöst, das Sekundarlehramt (SLA) geschlossen. Die Abteilung für das Höhere Lehramt (AHL) befasste sich intensiv mit dem für den 1. September 2005 vorgesehenen Wechsel in die neu zu gründende Pädagogische Hochschule Bern.

Schwerpunkte der Tätigkeit: In der AHL führte der neue Jahres- und Stundenplan zu weniger zeitlichen Überschneidungen bei den

Lehrveranstaltungen. In neun grösseren Projekten wird Grundlagenforschung betrieben. Die Angebote des AHL-Dienstleistungszentrums stiessen auf grosse Resonanz. Das SLA konzentrierte sich auf die Veranstaltungen des siebten und achten Semesters und das Ziel, möglichst viele Studierende zu einem erfolgreichen Studienabschluss zu führen. Besonderes Augenmerk wurde in der Ausbildung auf die Verknüpfung von Theorie und Praxis gelegt. Es wurden 12 Forschungs- und Entwicklungsprojekte fortgeführt.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Studierendenzahlen der AHL steigen weiter stark an. Die Qualität blieb dank zusätzlicher Mittel erhalten.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: In der Lehre arbeitet die AHL mit den Schwesterinstitutionen der Universitäten Freiburg und Zürich zusammen, in der Forschung mit den Universitäten Kiel, Freiburg i. Br., Klagenfurt, dem Schweizer Institut für Berufspädagogik und den Pädagogischen Hochschulen Zürich und Aargau. Das SLA kooperierte mit der Philosophisch-historischen und der Philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät sowie mit Schulen und Instituten im In- und Ausland.

Nachwuchsförderung: An der AHL laufen sechs Dissertationsprojekte.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Bei den Studierenden der AHL hat der Frauenanteil 50 Prozent überschritten. Dank flexibler Arbeitszeit konnten Angehörige des SLA Familie bzw. Weiterbildung und Arbeit miteinander verbinden.

Qualitätssicherung: Die Ergebnisse der Lehrveranstaltungsevaluationen an der AHL sind gut. Fragen bezüglich der didaktischen Methoden oder der Berufsrelevanz von Studieninhalten wurden in der Abteilungskonferenz angegangen. Im SLA bestätigten die Evaluationen ebenfalls die hohe Qualität der Ausbildung.

1.3

Spezialbereiche

Planung: Der Senat hat auf Grund der strategischen Ziele der Universität für die Jahre 2004 bis 2008 die Verteilung der von Bund und Kanton erwarteten Zusatzmittel vorgenommen. Diese sollen schwergewichtig für die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den Sozial- und Geisteswissenschaften (70%) sowie für die Umsetzung des Bologna-Studienmodells (10%) eingesetzt werden. Für fakultätsübergreifende Vorhaben wurden zentrale Pools eingerichtet (Lehrtechnologien, interfakultäre Projekte, Nachwuchsförderung, Nachfolgegeschäfte); der bestehende Unipool wird für strukturverbessernde Massnahmen sowie zur Förderung der Forschung eingesetzt. Sieben von zwölf Gesuchen an den Schweizerischen Nationalfonds für eine Förderungsprofessur wurden angenommen. Die Universität verfügt damit insgesamt über 25 solche Professuren.

Finanzen: Die Planungssicherheit für die nächsten vier Jahre ist dank dem Festsetzen der Eckwerte der Universität durch den Regierungsrat erhöht worden. Mit Zusatzmitteln des Kantons für die Bewältigung des doppelten Maturitätsjahrgangs und Bundesmitteln wurden die Betriebs- und Extrakredite leicht angehoben. Mehreträge deckten den Mehraufwand infolge Auftragszunahme bei den Dienstleistungsbetrieben. Die für Investitionskredite zur Verfügung stehende Summe blieb praktisch unverändert.

Personal: Personaladministration, Führungsunterstützung sowie die Beratung von Mitarbeitenden bildeten die Schwerpunkte der Tätigkeit der Abteilung Personal. Zum vierten Mal haben Managementseminare für neu eingetretene Professorinnen und Professoren sowie Angehörige des oberen Kaders stattgefunden.

Evaluation: Für die Evaluation von Lehrveranstaltungen haben die meisten Fakultäten und die KGE Richtlinien und Ausführungskonzepte erlassen. Externe Evaluationen geben die Basis für Entscheidungen über die Entwicklung der Sozialwissenschaften. Erstmals ist im Auftrag des Bundesamts für Bildung und Wissenschaft eine summarische Überprüfung der Qualitätssicherungssysteme aller Schweizer Universitäten durchgeführt worden. Die Ergebnisse die-

nen dem weiteren Aufbau eines solchen Systems an der Universität Bern. Seit nunmehr vier Jahren wird der Forschungsbericht der Universität elektronisch publiziert (www.research.unibe.ch und www.forschungsportal.ch).

Bibliothekswesen: Die Dienstleistungen für die Nutzerschaft sind stark erweitert worden. Nach dem Ausstieg der Stadt Bern aus der Finanzierung der StUB und im Rahmen der kosten-, leistungs- und wirkungsorientierten Universitätsführung werden neue Bibliotheksmodelle und alternative Formen der Zusammenarbeit diskutiert. Die noch stark dezentralen Bibliotheksstrukturen sollen gestrafft werden. Die Verdichtung zu Kompetenzzentren wurde in vier Fällen realisiert und bringt den Nutzerinnen und Nutzern einen eindeutigen Mehrwert. Ein Entwurf für eine Leistungsvereinbarung mit der StUB wird derzeit ausgearbeitet.

Bau und Raum: Neben kleineren Umbauten oder Sanierungen laufen drei grosse Projekte: die Umnutzung und Erweiterung des ehemaligen Frauenspitals, der Neubau für die Klinik für Kleine Haustiere sowie das Zentrum für Bildgebende Verfahren der Vetsuisse-Fakultät und die Sanierung des von Salvisberg und Brechbühl 1931 erstellten Institutsbaus an der Baltzerstrasse. Für die Überbauung des von Roll Areals wurde ein Projekt ausgewählt. Intensiv vorangetrieben wurde die langfristige räumliche Entwicklungsstrategie 3012 der Universität.

Nachwuchsförderung: Das Bundesprogramm zur Förderung des akademischen Nachwuchses endete im September nach zwölf Jahren Laufzeit. 2003/2004 wurden insgesamt 20 Nachwuchskräfte, davon elf Frauen, unterstützt. Aus einem zu schaffenden zentralen Pool für die Nachwuchsförderung sollen Mittel für Massnahmen zu Gunsten des Mittelbaus vergeben werden: Geplant sind die Aufstockung der Geschäftsstelle der Mittelbauvereinigung, die Einrichtung eines Projektpools für innovative Aktivitäten von Mittelbauangehörigen sowie die Unterstützung von Graduiertenkollegs. *Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität:* Neben den laufenden Geschäften (insbesondere Mitarbeit in Ernennungsverfahren und Beratungen) bildeten der Abschluss des Bundesprogramms Chancengleichheit 2000 bis 2003 sowie die Projekteingaben für das Programm 2004 bis 2007 einen Schwerpunkt der Aktivitäten. Das dritte Programm «Mentoring Deutschschweiz» für Frauen, die eine akademische Karriere anstreben, wurde in Angriff genommen, das Kursprogramm erweitert und an der Philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der vierte Schnuppertag für Mittelschülerinnen durchgeführt. Verschiedene Anlässe und Publikationen waren der Thematik der Vereinbarkeit von akademischer Karriere und Familie gewidmet. Die Abteilung war an der Organisation einer internationalen Tagung zur Nachwuchsförderung von Frauen an Hochschulen beteiligt und veröffentlichte diverse Schriften.

Rekurskommission: Die Kommission befasste sich mit 29 Beschwerden (Vorjahr 19). Die Beschwerden richteten sich vor allem gegen die Rechtswissenschaftliche und die Philosophisch-historische Fakultät. Neun Verfahren erledigten sich während der Instruktionsphase. In drei Fällen wurden die Eingaben zurückgezogen, in fünf Fällen nahm die betroffene Fakultät die angefochtene Verfügung zurück und in einem Fall konnte ein Vergleich abgeschlossen werden. Die Kommission wies sieben Beschwerden ab, sieben hiess sie gut. Sechs Verfahren sind zurzeit noch bei der Kommission hängig. Drei Entscheide wurden an die Erziehungsdirektion weitergezogen, wo zwei Beschwerden abgewiesen wurden; ein Fall ist bei dieser Instanz noch hängig. Informationen zur Rekurskommission sowie publizierte Entscheide sind zu finden unter www.rekom.unibe.ch.

1.4 **Die vertretungsberechtigten Gruppierungen**

1.4.1 **Verband der Dozentinnen und Dozenten (VDD)**

1.4.2 **Verband der Assistentinnen und Assistenten (VAA)**

Die Teilprofessionalisierung und Neupositionierung der Mittelbauvereinigung der Universität Bern (MVUB) mit ihren beiden Sektionen konnte mit Unterstützung der Universitätsleitung abgeschlossen werden. Die Geschäftsstelle entlastet den Vorstand in administrativen Belangen und ist eine Anlaufstelle und Informationsplattform für Mittelbauangehörige der Universität geworden. Sie soll auf Grund der positiven Erfahrungen mit finanzieller Unterstützung der Universitätsleitung personell ausgebaut werden. Der Vorstand kann seither intensiver für eine eigenständige, koordinierte Hochschulpolitik eintreten. Er hat verschiedene inhalts- und kommunikationsbezogene Ziele formuliert. Zur besseren Koordination der Kommissionsarbeit hat er sich mit den Kommissionsvertreterinnen und -vertretern getroffen. Die MVUB hat eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit den Erwartungen der Professorinnen und Professoren sowie der Mittelbauangehörigen hinsichtlich einer Anstellung als Assistentin/Assistent und Dozentin/Dozent an der Universität Bern sowie den damit verbundenen Perspektiven und Herausforderungen beschäftigt. Erstmals fand eine Weiterbildungsveranstaltung zur Karriereplanung und -förderung statt. Die MVUB-Homepage informiert über die MVUB, den Vorstand, inner- und ausseruniversitäre Aktivitäten, die Kommissionsarbeit und aktuelle Themen. Die MVUB bemüht sich um die Erhöhung ihrer Mitgliederzahl. Zurzeit besteht der Vorstand aus drei Vertretern des VDD sowie sechs Vertreterinnen und Vertretern des VAA.

1.4.3 **Vereinigung der Studierenden der Universität Bern (SUB)**

Die SUB hat die «Bologna-Mittagstische» zum Informationsaustausch über die Umsetzung der Bologna-Deklaration fortgeführt. Vorstand und StudentInnenrat unterstützten und begleiteten zahlreiche Fachschaften und die studentischen Delegierten in den Fa-

kultätskollegien im Umsetzungsprozess. Die SUB engagierte sich auch national, so etwa im Verband der Schweizer Studierenden-schaften, im Kontakt mit der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten und mit der Schweizerischen Universitätskonferenz. Bezüglich dem Gesetz über die Ausbildungsbeiträge hat die SUB die Mitglieder des Grossen Rats über die Konsequenzen des neuen Gesetzes aus studentischer Sicht an einer Veranstaltung, im persönlichen Gespräch und schriftlich informiert und sich für die Interessen der Studierenden eingesetzt. Was die neue Pädagogische Hochschule (PH) anbelangt, so bemüht sich die SUB, die Studierendeninteressen schon bei der Konstituierung der neuen Hochschule einzubringen, insbesondere bei der Ausarbeitung des Statuts. Sie unterstützt zudem die Fachschaften der LLB und ist in ständigem Kontakt mit dem Personal der kommenden PH sowie den Verantwortlichen der LLB-Institute. Zusammen mit weiteren Organisationen des öffentlichen Sektors setzt sich die SUB für eine ausreichende Finanzierung des Service public, natürlich insbesondere des Bildungsbereiches, ein. Die SUB hat ihre Dienstleistungen ausgebaut und ihr Vermittlungsangebot neu strukturiert. Wie jedes Jahr hat sie das Unifest, den Tag des Studienbeginns und, in Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung, den Besuchstag für Mittelschülerinnen und Mittelschüler sowie Veranstaltungen für die Studierenden organisiert und durchgeführt. Sie unterstützte studentische Gruppierungen und koordinierte die Arbeit der Fachschaften. Die SUB setzt sich in allen Gremien für die Gleichstellung ein. Das Vorstandsressort «Frauen» untersucht die aktuelle Situation an der Universität, bietet Veranstaltungen zur Frauenförderung an und koordiniert die Arbeit mit ausseruniversitären Stellen und Gruppierungen. Der StudentInnenrat hat im Zusammenhang mit der Qualitätssicherung eine umfassende Überprüfung und Anpassung der SUB-Reglemente vorgenommen.

Bern, 25. Januar 2005

Im Namen des Senats
Der Rektor: *Schäublin*